

Heumarkt: Regierung droht der Stadt

Weltkulturerbe. Die von der Stadt Wien angekündigte zweijährige Pause beim Projekt ist der Bundesregierung nicht genug. Sie sieht das Projekt als gestorben - und droht der Stadt.

VON CHRISTINE IMLINGER

Wien. Es war ein bemerkenswerter Auftritt am Montagvormittag. Immerhin sind mit Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Gernot Blümel (ÖVP) der Vizekanzler und der Kulturminister angetreten, um ein Bauprojekt zu verhindern - und sorgten damit für erheblichen Medienandrang.

Schließlich geht es mit dem Hochhausprojekt am Wiener Heumarkt auch um den Status der Wiener Innenstadt als Weltkulturerbe. Und da geben die Regierungsmitglieder aus dem Bund nun die Retter der Stadt vor deren Stadtregierung - und vor allem Strache schießt da scharf gegen Rot-Grün. Das Heumarkt-Projekt ist längst ein Politikum, ob und wie es damit weitergeht, ist offen.

1 Nachdenkpause, Regierungsintervention, wo steht das Projekt nun?

Für Vizekanzler Strache ist das „Projekt in dieser Form gestorben“, es reiche nicht, dieses für zwei Jahre auf Eis zu legen und es einem Nachdenkprozess zu unterziehen, schließlich sei das Prädikat Weltkulturerbe unhaltbar, wenn gebaut wird. Diesen zweijährigen Stopp - einen Nachdenkprozess - hat Wiens Landtagspräsident Ernst Woller (SPÖ) nach Bekanntwerden eines kritischen Berichts des internationalen Rats für Denkmalpflege Icomos (der berät die Unesco) am Sonntag avisiert. Damit liegt das Bauvorhaben, das laut Icomos Wien das Prädikat „Weltkulturerbe“ für die Innenstadt kosten würde, auf Eis. Strittig ist vor allem ein geplanter 66 Meter hoher Wohnturm. Woller, er ist Wiens Koordinator für Fragen des Weltkulturerbes, ist mit der Ankündigung der Pause dem Auftritt von Strache und Blümel zugekommen. Aber den beiden, sie sind auch die Chefs ihrer Wiener Landesparteien, ist das nicht genug. Für Strache „muss das Projekt verworfen werden“. Blümel ist die Pause ebenfalls zu wenig. Bis Mitte April müsse der Bund eine offizielle Antwort auf den, Zitat, „verheerenden Bericht“ geben. „In diesem Bericht muss stehen, dass das Projekt nicht kommt, sonst ist das Weltkulturerbe weg.“ Blümel fordert von Wien bis 8. April einen Bericht, in dem das sichergestellt werde - und droht andernfalls mit einer Weisung.



Vizekanzler Strache und Kulturminister Blümel (v.l.) nehmen das Turmprojekt ins Visier.

[Michael Gruber/picturedesk.com]

2 Was fordert der Bund von Wien - und welche Handhabe hat er?

Blümel kündigte an, der Stadt einen Brief zu schreiben, in dem klar gefordert wird, die Icomos-Vorgaben umzusetzen bzw. unmissverständlich festzuhalten, dass das Projekt in der derzeit geplanten Form nicht kommt. Die Antwort werde er der Unesco mitteilen, schließlich hat diese die Wiener Innenstadt bekanntlich im Lauf des Streits um das Projekt bereits 2017 auf die Rote Liste der drohenden Welterbestätten gesetzt.

Das Prädikat für das historische Zentrum ist 2001 einst von der Stadt gewünscht worden, offizieller Vertragspartner der Unesco ist aber die Republik. Damals wurde die außergewöhnliche historische Stadt-Silhouette bei der Aufnahme in die Welterbeliste eigens hervorgehoben, zu deren Schutz wurde eine Pufferzone um den Stadtkern gezogen - in diese fällt auch der Heumarkt. Dieser völkerrechtlichen Vereinbarung nach sei Österreich gefordert, „alle Maßnahmen, die wir ergreifen können, auch zu ergreifen“, so Blümel, der sich da etwa auf ein Gutachten des

Verfassungsjuristen Theo Öhlinger bezieht, nach dem der Bund für den Erhalt des Weltkulturerbe zuständig sei.

3 Und was passiert, wenn Wien dem nicht entspricht?

Für den Fall, dass Wien in dem geforderten Schreiben nicht klarstellt, dass der Turm so nicht kommt, droht Blümel mit einer - vorerst nicht näher rechtlich ausgeführten - Weisung an die Stadt: In so einer Weisung würde der Bund die Stadt auffordern, den Anforderungen der Unesco zu entsprechen. Die Stadt könne dann, so Blümel, mit dem Investor des Projekts verhandeln, sie kann die Flächenwidmung verändern oder einen Baustopp verhängen.

Von einem Baustopp ist längst keine Rede, schließlich ist ein Baubeginn in weiter Ferne: Schon vor Ankündigung der Nachdenkpause war der für frühestes 2021 anvisiert. Was, wenn Wien der Weisung nicht folgt? „Ich gehe davon aus, dass Wien rechtskonform handeln wird. Auch wenn es wirkt, als sei der Status als Weltkulturerbe nicht besonders wichtig“, so Blümel.

4 Was hat die Stadt Wien vor - und wie macht Investor Tojner weiter?

Die Stadt Wien will den Status der Innenstadt als Unesco-Weltkulturerbe erhalten, das betont Ernst Woller am Montag neuerlich. Man werde den Dialog mit Unesco und Icomos fortsetzen - und stehe auch in einem „konstruktiven Dialog“ mit dem Projektwerber. Woller versichert, Wien habe zuletzt viel unternommen, um das baukulturelle Erbe zu schützen. So habe der Gemeinderat bereits beschlossen, weitere Hochhäuser über die bestehenden Standorte hinaus in der Wiener Innenstadt kategorisch auszuschließen.

Der Projektbetreiber, Investor Michael Tojners Gesellschaft Wertinvest, will das strittige Projekt jedenfalls weiter betreiben. Den jüngsten Bericht von Icomos habe man zur Kenntnis genommen, man wolle weiter ein nachhaltiges und positives Projekt für Wien realisieren - und setze den Dialog intensiv auf allen Ebenen fort. Nun werde man die jüngsten Entwicklungen analysieren - und dann in Ruhe die nächsten Schritte angehen.

„Projekt wird dem Kulturerbe-Status nicht gerecht“

Gutachten. Vor dem Bundesverwaltungsgericht erörterte der als Gerichtsgutachter bestellte Architekt Manfred Wehdorn die Auswirkungen der Heumarkt-Pläne. Fazit: Diese störten die historische Silhouette.

VON MANFRED SEEH

Wien. Gleich auf mehreren Ebenen (siehe Artikel oben) erntet das Heumarkt-Projekt dieser Tage Kritik - auch auf gerichtlicher Ebene. Am Montag, bei einer Verhandlung des Bundesverwaltungsgerichts (BVwG), präsentierte der Architekt Manfred Wehdorn sein Gutachten, welches er im Auftrag von BVwG-Richter Christian Baumgartner erstellt hat. Demnach ist das Projekt mit dem Weltkulturerbe-Status nicht vereinbar.

An das BVwG haben sich zehn Privatpersonen und die Umweltorganisation Alliance for Nature gewandt. Und das kam so: Am 16. Oktober 2018 erließ die Wiener Landesregierung einen Bescheid. Demnach sei für das Bauvorhaben „Hotel Intercontinental, Wiener Eislaufverein, Heumarkt-Gebäu-

de“ keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Die erwähnten Beschwerdeführer wollten das nicht hinnehmen und zogen in die zweite Instanz - also vor das BVwG. Dieses ließ prüfen, ob durch das Projekt - und zwar „unter Berücksichtigung des Ausmaßes und der Nachhaltigkeit der Umweltauswirkungen“ - die Welterbestätte „Historisches Zentrum von Wien“ beeinträchtigt wäre.

Gutachter Wehdorn erklärte nun, dass es der UN-Kulturorganisation Unesco bzw. ihrem Gremium, dem Welterbe-Komitee, bei Verleihung des Prädikats „Weltkulturerbe“ auf die Authentizität der Schutzzone angekommen sei. Und auch auf die charakteristische Silhouette. Das Kulturerbe gründe auf dem Schutz von Bauwerken aus den Epochen Mittelalter, Barock und Gründerzeit.

Dem Einwand des Projektwerbers, der Wertinvest (Wertinvest-Gründer ist Michael Tojner), wonach das Projekt auch einen Mehrwert für die Stadt habe, etwa weil ein Einkaufszentrum entstehe, wollte sich der Gutachter nicht verschließen. Auch er attestierte einen Mehrwert. Allerdings: „Diesen Mehrwert kann ich nicht auf den Schutzzweck umsetzen, nämlich den Schutz des historisch gewachsenen Stadtbildes vom Mittelalter bis in die Gründerzeit.“

„Ein gewaltiger Eingriff“

Auch der Rundblick über die historische Innenstadt wäre durch die neuen Gebäude, darunter den besonders umstrittenen 66 Meter hohen Wohnturm, beeinträchtigt. Insbesondere der sogenannte Canaletto-Blick vom oberen Belvedere würde bei Realisierung des

Projekts unter „sehr, sehr gravierender Massigkeit und einem gewaltigen Eingriff in die Silhouette“ leiden. Fazit des Wehdorn-Gutachtens: „Das Projekt wird den Erkennungskriterien des Weltkulturerbe-Status nicht gerecht.“

Außer Wehdorn haben im Vorfeld auch drei andere Gutachter erhebliche Bedenken angemeldet. Darauf machte Alliance for Nature aufmerksam. Seitens der Rechtsvertreter des Projektwerbers hieß es, das BVwG-Verfahren sei rechtswidrig, es gebe keinen Anlass für eine Einzelfallprüfung. Das Wehdorn-Gutachten sei unvollständig.

Sollte das Gericht eine UVP für erforderlich erachten, würde dies eine Verzögerung bedeuten. Allerdings (siehe oben) liegt das Projekt ohnedies auf Eis. Eine Entscheidung des BVwG stand vorerst noch aus.

Strafverteidiger fordern Prozessreform

Kommt das Ende der „freien Beweiswürdigung“?

Linz/Wien. Die Strafverteidiger Österreichs wollen die Gerichte zu besser nachprüfbar Urteilen zwingen. Beim 17. Österreichischen StrafverteidigerInnen-tag in Linz wurde mit großer Mehrheit die Forderung verabschiedet, die Strafprozessordnung zu reformieren und die „freie“ Beweiswürdigung durch eine „rationale und nachprüfbar“ zu ersetzen.

Zudem machen sich die Verteidiger dafür stark, dass der Anspruch von Verdächtigen auf Zuziehung eines Rechtsanwalts besser abgesichert wird. Die Teilnahme des Verteidigers „schon bei der ersten Einvernahme von Beschuldigten muss als Grundrecht ausnahmslos gewährleistet sein“, heißt es. Die Verletzung dieses „fundamentalen Verteidigungsprinzips“ soll ein absolutes Beweisverwendungsverbot nach sich ziehen.

Polizeiprotokoll filmen

Weitere Forderungen lauten: Auch Polizeiprotokolle sollen besser nachvollziehbar werden, indem die Vernehmung per Video dokumentiert wird. Und: Die geplanten „parteiüberhugten Zonen“ in Justizgebäuden dürften „keinesfalls zur Beschränkung der Kommunikation der Verteidigung mit Staatsanwaltschaft und Gericht führen“. (kom)

NACHRICHTEN

Wintereinbruch in Kärnten

Der Wintereinbruch in Kärnten führte zu Verkehrsbehinderungen und auf vielen Bergstraßen zu Kettenpflicht. Die Drautalstraße bei Greifenburg war nach einem Unfall ebenso gesperrt wie die Tauernautobahn A10 beim Oswaldibergtunnel.

Wieder Rekord für Schloss Schönbrunn

2018 hat Schönbrunn wieder einen Rekord gebracht: Laut Aussendung der Schloß Schönbrunn Kultur- und Betriebs-ges.m.b.H. belief sich der (vorläufige) Gesamtumsatz auf rund 63 Mio. Euro, erstmals wurden mehr als fünf Mio. Besucher über alle Dependancen gezählt.

Fettleibigkeit: Immer mehr ältere Männer

Laut einer Studie von Grazer Forschern waren 2014 erstmals mehr Männer als Frauen von Adipositas betroffen. Eine steigende Häufigkeit gibt es vor allem bei Männern ab 75 Jahren.

KLEINE CHRONIK

Namenstag.

Josef, Sibylle, Marcel.

Auszeichnung.

Merck-Generaldirektor DDr. Wolfgang Wein wurde über Antrag der Österreich Deutschland Gesellschaft vom Bundespräsidenten mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse ausgezeichnet.